

Bündnis Gute Geburt

Respektvoll. Menschenwürdig. Sicher

An die Mitglieder des Gesundheitsausschusses

- per E-Mail -

Offener Brief an die Mitglieder des Gesundheitsausschusses: Hebammenhilfe in der klinischen Geburtshilfe erhalten!

Sehr geehrtes Ausschussmitglied,

das Bündnis „Gute Geburt - Respektvoll. Menschenwürdig. Sicher“ wendet sich an Sie mit der dringenden Aufforderung, sich mit den Einschränkungen durch das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) und die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) zu befassen. Anderenfalls wird sich die aktuell bereits angespannte Versorgung von Frauen und Neugeborenen auf der Wochenstation sowie von stationär aufgenommenen Risikoschwangeren weiter verschlechtern.

Am 20.10.2022 hat der Bundestag das GKV-FinStG beschlossen. Es sieht u.a. vor, Hebammen als Fachpersonal aus dem Pflegebudget für die Schwangeren- und Wochenstationen herauszulösen, weshalb Hebammenhilfe dort zukünftig nicht mehr ausreichend refinanziert wird. Durch die PpUGV werden Hebammen zudem nur noch in sehr geringem Umfang auf die Personaluntergrenzen angerechnet.

Hebammen sind das Fachpersonal, das eigens für die Versorgung von Schwangeren, jungen Müttern und Neugeborenen ausgebildet ist und für eine fachspezifische Begleitung dringend notwendig ist. Sie sichern gemeinsam mit den Pflegekräften eine gute, verlässliche Versorgung im frühen Wochenbett sowie bei Risikoschwangerschaften.

Durch die Gesetzesänderung ist nun die Weiterbeschäftigung von Hebammen und eine qualitativ hochwertige Versorgung in Gefahr. Auch die Ausbildung zukünftiger Hebammen wird durch das GKV-FinStG gefährdet, denn die Praxisanleitung in der Hebammenausbildung ist auf der Wochenstation zwingend von Hebammen durchzuführen und kann nicht delegiert werden.

Der Gesundheitsausschuss muss sich mit der Geburtshilfe und den schwierigen Entwicklungen befassen und dem Bundestag Lösungen empfehlen, die für die Frauen und Familien mehr – und nicht weniger – Versorgungssicherheit bieten.

Der Gesetzgeber muss hier unbedingt kurzfristig nachbessern. Darüber hinaus ist es notwendig, das Nationale Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ – wie im Koalitionsvertrag beschlossen – umsetzen. Die Öffentlichkeit wartet hier auf Maßnahmen.

Das Bündnis Gute Geburt fordert den Gesundheitsausschuss und den Bundesgesundheitsminister auf, die geburtshilfliche Versorgung in den Kliniken strukturell zu verbessern und alles zu unterlassen, was zu weiteren Verschlechterungen der Versorgung junger Mütter führen wird.

Für Rückfragen erreichen Sie mich unter der Rufnummer 0163/ 7274735 oder per Mail an k.desery@mother-hood.de.

Mit freundlichen Grüßen

Katharina Desery
für die Mitgliedsorganisationen des Bündnis Gute Geburt

Berlin, 27. Oktober 2022

